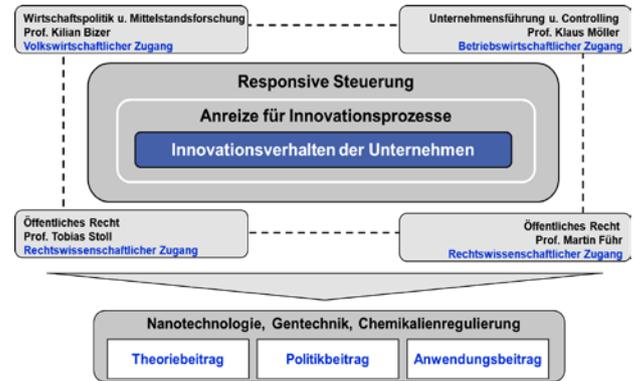


BMBF-Vorhaben „Responsive Steuerung von Innovationsverhalten für Nachhaltigkeit“ (RESINA)

Innovationen dürften der Schlüssel für eine nachhaltige Entwicklung sein, weil sie relativ reibungslos zu einer Entkoppelung von Wachstum und natürlichen Ressourcen führen können. Innovationen fördert der Staat auf vielen Ebenen und mit einer Reihe von Instrumenten. Diese zielen aber nur in wenigen Ausnahmen auf spezifisch nachhaltige Innovationen ab. Aus diesem Grund beschäftigt sich das Forschungsvorhaben damit, auf welche Weise wirtschaftspolitische Anreize gesetzt werden können, um Innovationsverhalten für Nachhaltigkeit einzusetzen. Der dafür gewählte Steuerungsansatz berücksichtigt responsiv die Situation der Regelungsadressaten und diskutiert auch die nicht-intendierten Wirkungen, die von diesen Anreizen ausgehen können, um eine effektive und effiziente Steuerung zu erreichen.

Das Ziel, gesellschaftliche Veränderungsprozesse am Leitbild der Nachhaltigkeit auszurichten, ist normativ vorgegeben (Art. 2 u. 6 EG-Vertrag u. Art. 20a GG). Inwieweit dies gelingt, ist abhängig vom Innovationsverhalten der wirtschaftlichen Akteure in Unternehmen. Die Anreize, Innovationsprozesse anzugehen, beeinflusst der Staat auf verschiedene Weise, indem er Subventionen ausgibt, geistige Eigentumsrechte gewährt, öffentliche Einrichtungen wie Hochschulen finanziert oder den Marktzugang reguliert. Letzteres gilt zum Beispiel für Produkte, die unter die europäische Chemikalienregulierung REACH fallen bzw. dem Gentechnikrecht unterliegen. Bei derartigen Produkten geht es auch um Informationsgewinnung für die Öffentlichkeit in Bezug auf Umwelt- und Gesundheitsrisiken.

Um nachhaltigkeitsfördernde Innovationen zu unterstützen, bedarf es geeigneter Governance-Arrangements. Da diese auf Prozesse in Unternehmen einwirken, muss die Steuerung responsiv erfolgen, d.h. auf flexible Weise die Situationswahrnehmung und Anreizsituation der Normadressaten in die Gestaltung des Regelungsrahmens einbeziehen. Es ist also von Interesse, wie der Staat steuernd in das Innovationsverhalten der Akteure eingreifen kann, damit diese die Nachhaltigkeitsfolgen bereits in der Entwicklung systematisch berücksichtigen und lernend nach überlegenen Optionen suchen. Auch die responsive Steuerung durch den Staat ist als lernender Prozess zu verstehen, der so zu organisieren ist, dass er effektiv und effizient auf neue Regelungslücken reagiert.



Das Ziel des Vorhabens am *cege* ist es, Anreize und Hemmnisse in bestimmten, für Nachhaltigkeit relevanten Politikbereichen (Nanotechnologie, Gentechnik, Chemikalienregulierung) für das unternehmerische Innovationsverhalten entlang von Wertschöpfungsketten zu untersuchen und Folgerungen für das Zusammenspiel von betrieblicher Innovation und staatlicher Innovationspolitik zu ziehen.

Das Vorhaben ergänzt die Nachhaltigkeitsökonomik um eine verhaltenstheoretisch fundierte, responsive Steuerungstheorie für Innovationen von Unternehmen entlang der Wertschöpfungskette. Es steuert außerdem Erkenntnisse zur Wirkung von unterschiedlichen Instrumentenmixes in der Nanotechnologie, der Chemikalienregulierung und der Gentechnik bei, die für die Fortentwicklung der Politikinstrumente wesentlich sind. Schließlich beteht der Anwendungsbeitrag in der Entwicklung konkreter Maßnahmen für das betriebliche Controlling innovativer Unternehmen.

Das vom BMBF geförderte Vorhaben vereint wirtschaftspolitische (Prof. Bizer, Wirtschaftspolitik, *cege* Göttingen) und umweltrechtliche Kompetenzen (Prof. Stoll, Umweltrecht, *cege* Göttingen; Prof. Führ, Umwelt- und Technikrecht, Darmstadt) mit einer betriebswirtschaftlichen Expertise zur Innovationssteuerung (Prof. Möller, Controlling, St. Gallen).

Prof. Dr. Kilian Bizer
Wirtschaftspolitik und Mittelstandsforschung, *cege*

BMBF-Vorhaben "Responsive Steuerung von Innovationsverhalten durch Nachhaltigkeit"	S. 1
Profitiert Deutschland am meisten vom Euro?.....	S. 2
Was kostet ein Treffen mit dem Dalai Lama?.....	S. 3
<i>cege</i> -Aktuell.....	S. 4

Profitiert Deutschland am meisten vom Euro?



Prof. Dr. Renate Ohr

Vor dem Hintergrund der Schuldenkrisen einiger EWU-Mitgliedsländer sollen das Treffen der EWU-Regierungschefs am 11. März und der EU-Gipfel Ende März dazu dienen, neue institutionelle Pfeiler zur Stabilisierung des Euro und der Europäischen Währungsunion einzuschlagen. Doch welcher Art werden die Beschlüsse sein? Zu befürchten ist, dass es letztlich doch nur auf eine Aufstockung des sog.

„Euro-Rettungsschirms“ hinaus läuft, dass es nicht gelingt, eine anreizkompatible Strategie gegen Überschuldungskrisen zu beschließen und dass der Übergang zu einer Transferunion immer wahrscheinlicher wird. Dies zum Anlass nehmend, haben knapp 200 deutsche Ökonomen einen Aufruf veröffentlicht (www.oekonomenstimme.org), der aufzeigt, wie stattdessen mit Hilfe geordneter Umschuldungsverfahren eine nachhaltigere Krisenbewältigung und -prävention möglich wäre.

Obwohl auch internationale Ökonomengruppen wie die European Economic Advisory Group ähnliche Argumente vorbringen, werden die meisten Bedenken gegenüber den jüngsten Entwicklungen in der EWU von deutschen Ökonomen geäußert. Ein nicht unwesentlicher Grund ist, dass Deutschland mit am meisten unter der Vergemeinschaftung der Schulden einzelner Euro-Mitgliedstaaten leiden würde – sei es, weil Deutschland am meisten zum „Rettungsschirm“ beiträgt, aber auch, weil eine solche Politik die Anreize für fiskalisches Fehlverhalten erhöht und die Glaubwürdigkeit der Europäischen Zentralbank untergräbt. Für eine Volkswirtschaft, die ihren Wohlstand in den letzten 50 Jahren nicht zuletzt durch ihre stabile Währung gesichert hat, ist dies ein nicht zu unterschätzendes Risiko.

Auf der anderen Seite gibt es aber auch Gegenstimmen: So wird oftmals argumentiert, Deutschland profitiere ja am meisten vom Euro! Der Euro müsse daher – koste es, was es wolle – „gerettet“ werden. Unabhängig davon, ob der Euro und die Währungsgemeinschaft überhaupt durch einen ausufernden „Rettungsschirm“ nachhaltig stabilisiert werden kann, stellt sich damit die Frage, wie wichtig der Euro tatsächlich für die deutsche Wirtschaft ist. Was ist der Nutzen des Euro und können daher die durch den Euro entstehenden Kosten gerechtfertigt werden?

Die Vorteile einer Währungsunion werden in der Senkung von Transaktionskosten gesehen, im Wegfall von Wechselkursrisiken und den damit einhergehenden Risikoprämien, in der Ausschaltung spekulativer Falschbewertungen und in der Tatsache, dass die Mitgliedsländer zu einem Geld übergehen „das sie nicht selbst herstellen können“ (Olaf Sievert). Letztlich werde hierdurch der Handels- und Kapitalverkehr im integrierten Währungsraum intensiviert, die Allokation verbessert und die Wohlfahrt gesteigert. Deutschland als dominierende Exportnation müsste dabei von der Verringerung der Transaktionskosten und der

innerhalb der Währungsunion nun ausgeschalteten Aufwertungsgefahr eigentlich besonders stark profitieren.

Betrachtet man jedoch die Außenhandelsentwicklung Deutschlands seit dem Beginn der Währungsunion, so zeigt sich, dass der Handel mit Nicht-Euro-Ländern stärker zugenommen hat als der Handel mit den Euro-Partnern. Die Existenz einer einheitlichen Währung ist für den deutschen Handel also gar nicht so entscheidend: Der Export Deutschlands ist weniger preiselastisch als in den meisten anderen Ländern und dafür einkommenselastischer. Die Konjunktur der Handelspartner ist somit entscheidender für unsere Exporterfolge als der Außenwert der Währung. Auch der Europäische Binnenmarkt funktioniert mit den Euro-Partnern nicht besser als mit denjenigen EU-Ländern, die noch ihre eigene Währung besitzen.

Die anderen möglichen Vorteile einer Währungsunion – Verringerung der Risikoprämien und Übergang zu einem „besseren Geld“ – betreffen die früheren Schwachwährungsländer und nicht das frühere Starkwährungsland Deutschland. Wir konnten/können mit dem Euro allenfalls eine genauso gute Währung bekommen wie wir sie zuvor hatten, aber kaum eine bessere.

Dafür haben wir aber viel zu verlieren: Der Euro kann seine allokativen und stabilitätspolitischen Effizienz nur entfalten, wenn im Falle unterschiedlicher realwirtschaftlicher Entwicklungen der Wechselkurs – als früherer monetärer Puffer – durch andere Anpassungsmechanismen (z.B. Mobilität und Flexibilität auf den Arbeits- und Kapitalmärkten) ersetzt wird. Zudem muss die EZB willens und fähig sein, eine stabilitätsgerechte Geld- und Währungspolitik zu praktizieren, die nicht durch destabilisierendes Verhalten nationaler Regierungen unterlaufen wird. Ist dies beides nicht gewährleistet – und die jüngeren Erfahrungen seit der Schuldenkrise Griechenlands sprechen dafür – so stehen wenig günstige Perspektiven im Raum: Höhere Risikoprämien auch für deutsche Staatstitel, höhere Inflation und zunehmende Verteilungskonflikte in der Währungsgemeinschaft, die zur Zerreißprobe werden können.

Doch zeigen nicht unsere Leistungsbilanzüberschüsse und die entsprechenden Defizite in Griechenland oder Portugal, dass wir doch die Gewinner sind? Nein, denn Leistungsbilanzsalden können sehr wohl für beide Seiten effizient sein, wenn die kompensierenden Kapitalströme „in die richtige Richtung“ und die richtige (investive) Verwendung fließen. Korrekturbedarf besteht nur, wenn die Leistungsbilanzdefizite Folge einer anhaltenden preislichen Wettbewerbschwäche und eines Überkonsums sind. Sie sind dann zugleich nicht Ursache, sondern Symptom struktureller Fehlentwicklungen im Defizitland. Die Verantwortung für ihre Korrektur muss dann aber auch dort und nicht im Überschussland liegen.

Der Euro hat mittlerweile eine über das Ökonomische hinaus wirkende wichtige integrationspolitische Bedeutung. Die Verantwortung für sein Funktionieren darf aber nicht allein den soliden Ländern aufgebürdet werden, sondern muss von allen gleichermaßen übernommen werden.

Prof. Dr. Renate Ohr, *cege*

Was kostet ein Treffen mit dem Dalai Lama?

Welche Rolle spielen diplomatische Verstimmungen für Handelsbeziehungen mit China? Die chinesische Regierung droht seinen Handelspartnern mit diplomatischen und wirtschaftlichen Strafen, wenn diese sich in Chinas „innere Angelegenheiten“ einmischen. In unserem aktuellen Papier untersuchen wir die Glaubwürdigkeit solcher Drohungen anhand von Chinas Reaktionen auf offizielle Empfänge des Dalai Lama (A. Fuchs und N.-H. Klann, Paying a Visit: The Dalai Lama Effect on International Trade, cege - Diskussionspapier, 113/2010). Treffen des tibetischen Mönchs mit ausländischen Regierungsvertretern sind eine ständige Quelle von diplomatischen Spannungen dieser Länder mit China. In einem Interview im Jahr 2009 sagte der Dalai Lama, dass Politiker ihn meiden, sobald sie Minister oder Präsident geworden sind, da von diesem Zeitpunkt an die Wirtschaftsbeziehungen zu China die Oberhand gewinnen.



Andreas Fuchs

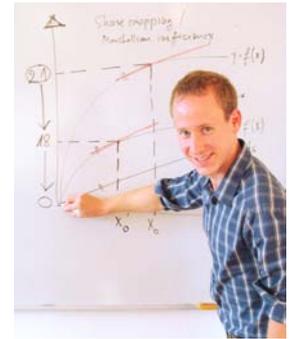
Deutschlands politische Führung vermied lange ein Zusammenreffen mit dem Dalai Lama auf höchster politischer Ebene. Die New York Times schlussfolgerte bereits 1995 aus dem Verhalten Deutschlands gegenüber dem Dalai Lama, dass die deutsche Außenpolitik nicht die lukrativen Wirtschaftsbeziehungen mit dem aufstrebenden Schwellenland gefährden wolle. Als Angela Merkel schließlich als erste Bundeskanzlerin

den Dalai Lama 2007 im Kanzleramt empfing, löste dies diplomatische Verstimmungen mit China aus. Merkels Vorgänger im Amt des Bundeskanzlers, Gerhard Schröder, bekannt für die Bedeutung, die er den Wirtschaftsbeziehungen mit China beimisst, wertete die Entscheidung als Fehler. Bereits vor dem Dalai Lama-Besuch im Kanzleramt drohten chinesische Politiker, dass der Empfang die deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen ernsthaft schädigen könne. Nach dem Treffen wurden mehrere bilaterale Zusammenkünfte abgesagt. Medien urteilten, dass die Außenpolitik der Kanzlerin mit „Merkel-Kosten“ verbunden sei.

Eine Vielzahl an wissenschaftlichen Studien hat gezeigt, dass das bilaterale politische Klima eine bedeutende Rolle in den Handelsbeziehungen zweier Länder spielt. Die rasant zunehmende wirtschaftliche Macht Chinas erweitert den Spielraum der chinesischen Regierung, Handel als Mittel der Außenpolitik einzusetzen. Jedoch wird jeder wirtschaftlicher Strafmechanismus nur so lange Verwendung finden, wie der erwartete politische Nutzen durch eine Stabilisierung des Regimes die Kosten durch eine Verzerrung der Handelsbeziehungen überwiegt.

Um den Einfluss diplomatischer Spannungen auf Chinas Handelsbeziehungen zu untersuchen, haben wir zunächst eine detaillierte Datenbank zu den Auslandsreisen des Dalai Lama aufgebaut. Mithilfe des in empirischen Untersuchungen zu Handelsvolumen gebräuchlichen Gravitätsmodells wurden Exporte nach China aus 159 Ländern im Zeit-

raum von 1991 bis 2008 analysiert. Die empirischen Ergebnisse zeigen einen negativen Effekt auf Exporte nach China, nachdem der Dalai Lama im selben oder vorhergehenden Jahr durch den Staats- oder Regierungschef eines Handelspartners empfangen wurde. Ein Treffen mit dem Dalai Lama durch die politische Führung eines Landes reduziert die Exporte nach China um durchschnittlich 8,1% bzw. 16,9% – abhängig von der verwendeten ökonomischen Schätzmethode. Dieser „Dalai Lama-Effekt“ lässt sich allerdings nur für die Ära des chinesischen Staatspräsidenten Hu Jintao nachweisen, der 2002 die Führung der Kommunistischen Partei Chinas übernommen hat. Dies spiegelt den wirtschaftlichen und politischen Aufstieg Chinas in den vergangenen Jahren wider.



Nils-Hendrik Klann

Für Empfänge des Dalai Lama durch Politiker unterhalb der Ebene der Staats- und Regierungschefs wie Treffen mit Ministern, Parlamentspräsidenten oder Oppositionsführern ist kein zusätzlicher negativer Einfluss auf Exporte nach China erkennbar. Außerdem lässt sich der „Dalai Lama-Effekt“ zwei Jahre nach dem Treffen nicht mehr nachweisen, was durch die zu erwartende Erholung der diplomatischen Beziehungen erklärt werden kann. Eine Untersuchung desaggregierter Handelsdaten zeigt, dass sich der Effekt hauptsächlich auf die Exporte von Maschinen und Transportmitteln auswirkt und für andere Produktgruppen weniger eindeutig nachweisbar ist.

Die Ergebnisse der Studie unterstreichen die Bedeutung, die bilaterale politische Beziehungen für Handel mit China spielen. Die chinesische Regierung setzt offenbar ihre Handelsbeziehungen gezielt als Instrument der Außenpolitik ein. Staats- und Regierungschefs müssen daher damit rechnen, dass Empfänge des Dalai Lama zu einer Verschlechterung der Handelsbeziehungen führen. Allerdings vergrößern diese implizierten ökonomischen Kosten auch die Glaubwürdigkeit der politischen Führung von Dalai Lama empfangenden Ländern, da man durch ein Treffen ein durchaus kostspieliges aber dadurch auch glaubwürdigeres Bekenntnis zu Menschenrechten und Demokratie gegenüber Peking abgeben kann.

Laut dem Büro des Dalai Lama hat es in den Jahren 2009 und 2010 jeweils nur ein Zusammentreffen des Dalai Lama mit einem Staats- und Regierungschef gegeben. Der Dalai Lama war 2010 zu Gast im Weißen Haus bei US-Präsident Barack Obama. Außerdem empfing der damalige tschechische Ministerpräsident Jan Fischer den tibetischen Mönch im Jahr 2009. Es zeigt sich also, dass insbesondere in der Wirtschafts- und Finanzkrise die wirtschaftlichen Beziehungen mit China die Oberhand gewonnen haben.

Andreas Fuchs und Nils-Hendrik Klann
Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, cege

Zur Diskussion

Fehlende Fußnoten ein Kavaliersdelikt?

Die aktuelle Diskussion um die Plagiatsvorwürfe gegenüber einem bekannten Politiker ist jedem präsent. Unabhängig von der politischen Dimension sollte jedoch die wissenschaftliche Bewertung eindeutig sein. Warum sind abgeschriebene Passagen in einer wissenschaftlichen Arbeit dramatisch? Warum sind einige fehlende Fußnoten mehr als nur ein paar fehlende Fußnoten?

Wissenschaft stellt Fragen und sucht darauf eine verlässliche Antwort. Deshalb bringen wir unseren Studierenden bei, dass sie Fragen stellen müssen. Wir bringen ihnen auch bei, dass sie eigene Antworten geben müssen. Damit man erkennen kann, worin die eigene Antwort besteht, lernen sie, die Gedanken der anderen zu kennzeichnen. Dies gewährleistet, dass die Gedanken anhand der Ursprungsquellen nachvollziehbar sind. Das Transparenzgebot, aus dem sich die Pflicht zur Quellenangabe ableitet, ist für die Wissenschaft konstitutiv. Es ist das, was man als ein „ehernes Gesetz“ betrachtet und soll verhindern, dass man sich mit „fremden Federn“ schmückt.

Jeder Studentin und jeder Student kennt das Gesetz – jeder kennt das Risiko, das mit einem Verstoß verbunden ist – die Aberkennung der eigenen wissenschaftlichen Leistung. Auch jeder Doktorand kennt dieses Gesetz. Die Wissenschaft kann und darf nicht hinnehmen, wenn dagegen verstoßen wird – sie verliert sonst jegliche Glaubwürdigkeit und ihren Nutzen für die Gesellschaft.

Kilian Bizer & Renate Ohr

cege-Diskussionspapiere

Auf der [cege-Homepage](#) stehen neue [cege-Diskussionspapiere](#) als Download zur Verfügung.

- Beitrag 116: **Geishecker, Ingo/ Riedl, Maximilian:** “Ordered Response Models and Non-Random Personality Traits: Monte Carlo Simulations and a Practical Guide”.
- Beitrag 117: **Nunnenkamp, Peter/Öhler, Hannes:** “Donations to US based NGOs in International Development Cooperation: How (Un-)Informed Are Private Donors?”.
- Beitrag 118: **Cho, Seo-Young/ Vadlamannati, Krishna Chaitanya:** “Compliance for Big Brothers: An Empirical Analysis on the Impact of the Anti-trafficking Protocol”.

Neuer Direktor des cege

Das [cege](#) hat in seiner Sitzung am 13. Januar 2011 Prof. Dr. Kilian Bizer zu seinem neuen geschäftsführenden Direktor gewählt. Er übernimmt damit die Nachfolge von Prof. Dr. Axel Dreher, der zum Sommersemester 2011 einen Ruf an die Universität Heidelberg angenommen hat.

Veranstaltung

Vom 16. bis 18. März wird zum 13. Mal der Göttinger Workshop „Internationale Wirtschaftsbeziehungen“ stattfinden. In jeweils vier Parallelsessions werden insgesamt 76 deutschsprachige Wirtschaftswissenschaftlern ihre Forschungsergebnisse aus dem Gebiet der Außenwirtschaftstheorie und -politik vortragen. Organisiert wird der Workshop von Prof. Dr. Rübel (Georg-August Universität Göttingen, [cege](#)) und Prof. Dr. Carsten Eckel (Ludwig-Maximilian Universität München) in Kooperation mit dem [cege](#).

Aktuelle Publikationen in referierten Journals

- **Dreher, A. / Krieger T.** (2010), Diesel price convergence and mineral oil taxation in Europe, in: Applied Economics, 42 (15).
- **Boockmann, B. / Dreher, A.** (2011), Do Human Rights Offenders Oppose Human Rights Resolutions in the United Nations?, in: Public Choice, 146.
- **Klasen, S. /Schüler, D.** (2011), Reforming the Gender-Related Development Index (GDI) and the Gender Empowerment Measure (GEM): Implementing some Specific Proposals, in: Feminist Economics 17.

cege-Forschungskolloquium

Im [cege-Forschungskolloquium](#) werden im Sommersemester 2011 die folgenden Vorträge stattfinden:

- 13. April 2011: Prof. Subhasish Modak Chowdhury, PhD** (University of East Anglia): “Overbidding and Over-spreading in Contests”
- 20. April 2011: Prof. Jan van Hove, PhD** (K.U. Leuven): “Variety and Quality in Exports by Multiproduct Firms”
- 27. April 2011 : Prof. Dr. Carl Christian von Weizsäcker** (Max Plank Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern): “Welfare Economics with adaptive preferences – a progress report”
- 11. Mai 2011: Prof. Andrew Clark, PhD** (Paris School of Economics)
- 25. Mai 2011: Prof. Paolo Guerrieri, PhD** (Università di Roma): “Service Integration and potential economic growth in Europe”
- 01. Juni 2011: Dr. Felix Roth** (Centre for European Policy Studies): “Does Intangible Capital affect Economic Growth?”
- 08. Juni 2011: Prof. Susumu Shikano, PhD** (Universität Konstanz): “Policy or office? An empirical estimate of party utility function based on coalition”
- 23. Juni 2011: Prof. Eric Neumeyer, PhD** (London School of Economics): “Conditional spatial policy dependence: a theoretical and methodological guide”
- 06. Juli 2011: Prof. Dr. Matthias Wrede** (Universität Erlangen)

Impressum

Herausgeber: Centrum für Europa-, Governance- und Entwicklungsforschung ([cege](#)), Georg-August-Universität Göttingen, Platz der Göttinger Sieben 3, 37073 Göttingen, **E-Mail:** cege@uni-goettingen.de, **Tel.** 0551 / 39 46 02, **Fax** 0551 / 39 19 55 8, **Internet:** <http://www.cege.uni-goettingen.de>, **Geschäftsführender Direktor:** Prof. Dr. Kilian Bizer, **Redaktion / Layout:** Prof. Dr. Renate Ohr, Maya Schmaljohann, **Druck:** GWDG, Göttingen